

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- Geschlossene Grenzen und Grenzkontrollen schaden vor allem der Wirtschaft 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- Vorstellung der Prioritäten der österreichischen Ratspräsidentschaft in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments 3

Rat der Europäischen Union

- Regionen als attraktives Arbeitsumfeld für internationale Spitzenforschung 4

Europäische Kommission

- Sicherheitsunion: Kommission begrüßt die positive Entscheidung des EU-Parlaments betreffend ETIAS und eu-LISA 5
- Juncker in Wien: Vorschlag für Ausbau der Grenz- und Küstenwache kommt im September 5
- Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit: Empfehlungen für eine neue Arbeitsweise der Kommission 6

Ausschuss der Regionen

- Ambitioniertere Ziele und bessere Einbindung lokaler EntscheidungsträgerInnen notwendig, um Pariser Klimaziele zu erreichen 7
- Wie viel Käse steckt im Käse? Der Ausschuss der Regionen fordert einheitliche Kennzeichnung von Lebensmitteln in der EU 7

In eigener Sache

- BMVIT in der Gemeinsamen Vertretung 8
- Erfolgreicher Abschluss der Alpeuregio Summer School 2018 9
- BMLV in der Gemeinsamen Vertretung 9

Laufende Konsultationen	10
Tagesordnungen der Institutionen	11
Impressum und Abbildungsverzeichnis	11

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45–47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Geschlossene Grenzen und Grenzkontrollen schaden vor allem der Wirtschaft

Das Treffen der EU-Innen- und JustizministerInnen in Tirol hat temporäre Grenzkontrollen zur Folge. Die Maßnahme in Tirol ist nur eine von sechs Schutzvorkehrungen während des österreichischen Ratsvorsitzes.

Von Montag bis Freitag (9.-13.7.) werden an den Tiroler Autobahngrenzübergängen in Kufstein/Kiefersfelden und am Brenner Sichtkontrollen sowie stichprobenartige Kontrollen durchgeführt. Anlass für die temporären Maßnahmen ist das Treffen der EU-Innen- und JustizministerInnen in Innsbruck am 12. und 13. Juli.

Unternehmen in Tirol sind durch ihre Einbettung in grenzüberschreitende Lieferketten auf planbare Lieferzeiten und reibungslose Grenzübertritte angewiesen. Ebenfalls ist mit einem Rückgang von KundInnen bei grenznahen Unternehmen und DienstleisterInnen zu rechnen, da mit langen Wartezeiten vor allem zu Beginn der Ferienzeit zu rechnen ist.

Während es sich bei den derzeitigen Grenzkontrollen um temporäre Maßnahmen handelt, ergaben Schätzungen der deutschen Bundesregierung, dass der Ausbau eines restriktiveren, permanenten Grenzregimes an der deutsch-österreichischen Grenze alleine

einen wirtschaftlichen Schaden in Milliardenhöhe bedeuten könnte.

Indes unterstreicht die österreichische Polizei, dass es bei den Grenzkontrollen hauptsächlich um potenzielle „StörerInnen“ der Ratsitzung ginge und nicht um MigrantInnen. Weitere fünftägige Grenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze sind um den 20. September in Salzburg geplant, da hier die EU-Staats- und Regierungschefs zusammenkommen.

In den nächsten Wochen und Monaten wollen Österreich, Deutschland und Italien gemeinsam Maßnahmen für die Schließung der zentralen Mittelmeerroute erarbeiten. Bundeskanzler Kurz hat bereits vorausgeschickt, dass bei einem Alleingang Deutschlands und der Ausweitung der Zurückweisung von MigrantInnen nach Österreich durch Deutschland die Schließung der österreichischen Südgrenzen die Folge wäre.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Vorstellung der Prioritäten der österreichischen Ratspräsidentschaft in den Ausschüssen des Europäischen

Mit der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs werden themenspezifische Schwerpunktsetzungen in den Ausschüssen des EU-Parlaments vorgestellt.

Im Programm der österreichischen Ratspräsidentschaft findet sich eine Vielzahl von Themen, die auch in den jeweiligen Ausschüssen des Europäischen Parlaments debattiert werden. Darunter fallen etwa die Diskussion über Stabilisierungsmaßnahmen des Euroraums, die Verwirklichung eines fairen und vor allem wirksamen Steuersystems in der EU, die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit und Wachstum. Neben dem Fortschritt in der Bankenunion und der Realisierung eines gemeinsamen Kapitalmarktes findet sich ebenfalls die Bestrebung, die Energieunion weiter zu forcieren, unter den Prioritäten der österreichischen Ratspräsidentschaft.

Außenministerin Kneissl unterstrich im Außenpolitischen Ausschuss des EU-Parlaments (AFET) die österreichische Unterstützung der globalen EU Strategie. Für die Ministerin sind weitere Prioritäten Migration und Sicherheit, die Stärkung der internationalen Ordnung, die Beibehaltung des Iran-Abkommens und das Voranschreiten der Beitrittsverhandlungen mit Serbien und Montenegro.

Bundesministerin Bogner-Strauß präsentierte im Gleichstellungs-Ausschuss (FEMM) das Thema der Geschlechtergleichstellung als Schwerpunkt. Darüber hinaus wolle sie sich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Familiengeld-Indexierung widmen.

Bundesverkehrsminister Hofer wolle daran arbeiten, mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen und die Anzahl der Verkehrstoten zu senken. Außerdem sollen der Ausbau der Breitband-5G Technologie und die Donaustrategie in den kommenden sechs Monaten im Ausschuss für Verkehr und Tourismus (TRAN) besprochen werden.

Bundesministerin Schramböck stellte die Unterstützung von KMUs und den Schutz der Wettbewerbsfähigkeit in den Mittelpunkt ihrer Vorstellung im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE). Sie betonte weiters den Wohlstandsgewinn durch Digitalisierung und die Stärkung des Binnenmarkts.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Regionen als attraktives Arbeitsumfeld für internationale Spitzenforschung

Vergangene Woche ging die 9. Woche der innovativen Regionen Europas (WIRE) in Innsbruck erfolgreich zu Ende.

Der Wohlstand Europas wird durch die Regionen und deren Leistungen gesichert. Die digitale Vernetzung der Regionen untereinander und mit dem weltweiten Wissen sind essentiell, um neue Lebens- und Arbeitschancen zu entwickeln. Europäische Standortpolitik müsse demnach auch Innovationspolitik sein. Tirol sei dabei für internationale Forschende besonders attraktiv, so die Forschungs-Sektionschefin Barbara Weitgruber im Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort.

Erstmals vorgestellt wurde im Rahmen der WIRE auch das nächste Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“, in dem der Bereich der regionalen Innovation stärker thematisiert wird als in vorangegangenen Rahmenprogrammen. In einer geplanten Zusammenarbeit mit dem Europäischen Innovationsrat (EIC), der zusätzlich

junge, forschungsnahe Unternehmen in deren Wachstumsphase unterstützt, soll eine umfassende Förderung regionaler Innovationen angestrebt werden.

Das Land Tirol, als ein weltweit führender Standort für Forschungsgruppen der Quantenoptik und -information, erkannte den Stellenwert von Hochschul- und Forschungseinrichtungen als Leitinstitutionen der Standortentwicklung bereits frühzeitig. Ebenso positiv kann die Bedeutung der Region als attraktives Lebens- und Arbeitsumfeld für internationale Spitzenforschung hervorgehoben werden.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Sicherheitsunion: Kommission begrüßt die positive Entscheidung des EU-Parlaments betreffend ETIAS und eu-LISA

Das Europäische Parlament hat dem Ausbau des Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystems (ETIAS) und der Stärkung der Europäischen Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (eu-LISA) zugestimmt.

In seiner Rede zur Lage der Union hat Kommissionspräsident Juncker bereits 2016 auf die Bedeutung eines einheitlichen Datenmanagements und einer Verbesserung der EU-weiten Zusammenarbeit von Informationssystemen hingewiesen. Dieser Bestrebung hat nun auch das Europaparlament eingewilligt, indem es dem Vorschlag der Kommission über die Errichtung von ETIAS zustimmte. Darüber hinaus wurde das Mandat der EU-Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen ausgeweitet.

Das ETIAS wird bei Reisenden, die ohne Visum in den Schengen-Raum einreisen dürfen, eine Vorabüberprüfung auf Sicherheits- und Migrationsrisiken durchführen. Es gleicht die übermittelten Daten mit den EU-Informationssystemen für Grenzen, Sicherheit und Migration ab. Dazu gehören u.a. das Schengener Informationssystem (SIS) und das Visa-Informationssystem (VIS).

Reisenden, mit deren Einreise ein Sicherheitsrisiko, ein Risiko der illegalen Einwanderung oder ein hohes Epidemierisiko verbunden ist, soll die Einreise verweigert werden.

Das ausgeweitete Mandat für eu-LISA bedeutet, dass die Agentur effektiver bereits bestehende IT Systeme (SIS, VIS, Euradoc etc.) instand halten und verbessern kann. Außerdem wird die Zusammenarbeit mit anderen AkteurInnen erhöht und deren Effektivität somit gesteigert. Beispielsweise werden Polizei und EU-Grenzpatrouillen einen besseren Zugang zu EU-Datenbanken haben. Die Inbetriebnahme von ETIAS wird für 2021 angestrebt.

[Mehr Informationen](#)

Juncker in Wien: Vorschlag für Ausbau der Grenz- und Küstenwache kommt im September

Zum Auftakt der österreichischen Ratspräsidentschaft und dem Besuch des Kommissionspräsidenten bei der Bundesregierung in Wien wurde der vorgezogene Ausbau der europäischen Grenz- und Küstenwache angekündigt.

Anfänglich hatte sich die Kommission bis zum Jahr 2027 vorgenommen, 10.000 europäische GrenzschutzpolizistInnen einzusetzen. Dem Motto der österreichischen Präsidentschaft „Ein Europa, das schützt“ nachkommend, pochte die Bundesregierung auf eine schnellere Umsetzung dieses Vorhabens. Kommissionspräsident Juncker verwies auf seine Antrittsrede vor dem Europäischen Parlament 2014, in der er ebenfalls

die schnellere Umsetzung eines effektiven Grenzschutzmanagements in Aussicht stellte. Er habe vor, konkrete Vorschläge für die Verwirklichung des Grenzschutzes im September 2018 vorzulegen.

[Mehr Information](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Europäische Kommission

Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit: Empfehlungen für eine neue Arbeitsweise der Kommission

Die Taskforce für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und „Weniger, aber effizientes Handeln“ präsentierte ihren Abschlussbericht.

Im November 2017 stellte Kommissionspräsident Juncker der Taskforce drei Fragen: Wie können die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit innerhalb der EU-Organe besser angewandt werden? Wie können die regionalen und lokalen Behörden sowie die nationalen Parlamente besser in die Gestaltung und Umsetzung der EU-Politik einbezogen werden? Gibt es Politikbereiche, in denen den Mitgliedstaaten im Laufe der Zeit Befugnisse rückübertragen werden könnten?

Die Taskforce resümierte, dass eine neue Arbeitsweise erforderlich sei, damit lokale und regionale Behörden sowie nationale Parlamente einen wirksamen Beitrag zur Gestaltung der EU leisten können. Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit sollen in Zukunft konsequenter bewertet werden. Subsidiarität meint dabei, dass die Union politisch nur dann aktiv werden sollte, wenn beabsichtigte Ziele in den verschiedensten Politikbereichen nicht von Mitgliedstaaten alleine erreicht werden können. Es soll zukünftig eine umfangreichere Prüfung geben, ob ein Aktivwerden der EU notwendig ist. Ist ein Eingreifen der Union erforderlich, stellt das Prinzip der Proportionalität sicher, dass die von der EU vorgeschlagenen Inhalte und deren Umsetzung das notwendige Maß nicht übersteigen.

Das [Fazit](#) der Taskforce lautet, dass die Union

weiter wichtige Themen wie Migration, Sicherheit aber auch Klimawandel und Innovation adressieren sollte. Die von der Taskforce vorgeschlagenen Maßnahmen sollen der Union helfen, ihre Potenziale und Mittel effektiver zu nutzen. Die Überarbeitung der Beurteilungskriterien der Subsidiarität und der Proportionalität soll eine höhere Anteilnahme lokaler und regionaler EntscheidungsträgerInnen garantieren. Darüber hinaus sollen alle neuen und bereits existierenden Richtlinien und Verordnungen nochmals darauf überprüft werden. Nach Meinung der Taskforce sollten keine Kompetenzen wieder an die Mitgliedsstaaten zurückdelegiert werden.

Der österreichische EU-Ratsvorsitz wird im November in Bregenz eine Konferenz zum Thema Subsidiarität veranstalten. Vor dem Hintergrund der für den 12. September 2018 geplanten Rede zur Lage der Union soll diese eine Gelegenheit bieten, um den Bericht der Taskforce weiter zu erörtern und zu prüfen, wie ihre Empfehlungen am besten umgesetzt werden können.

[Mehr Informationen](#)



Ausschuss der Regionen

Ambitioniertere Ziele und bessere Einbindung lokaler EntscheidungsträgerInnen notwendig, um Pariser Klimaziele zu erreichen

Städte und Regionen appellieren an die EU, lokale Investitionen in den Klimaschutz anzuregen, Klimaziele ehrgeiziger zu verfolgen und lokale Behörden sowie EntscheidungsträgerInnen besser einzubeziehen.

Wenige Monate vor der UN COP24 Klimakonferenz in Katowice hielt der Ausschuss der Regionen eine Debatte über die Realisierung der EU-Klimaziele ab. Dabei einigten sich lokale und regionale Führungskräfte auf eine gemeinsame Position, wie die Maßnahmen des Pariser Klimaabkommens nach 2020 umgesetzt werden sollen. Die Regionen der EU spielen eine wichtige Rolle in der Umsetzung der Klimaziele. Das Vorhaben, die durchschnittliche Temperatur auf einen Anstieg auf max. 2°C zu begrenzen, soll wesentlich durch Maßnahmen auf regionaler Ebene verwirklicht werden.

EU-Kommissar für Klimaschutz und Energie, Miguel Arias Cañete, hielt fest, dass in den Jahren 2021 bis 2030 ca. 85 Mrd. Euro an Investitionen in regionale Projekte zur Realisierung der Klimaziele benötigt werden. Mehrere Initiativen wie das „[Konvent der Bürgermeister](#)“ oder das „[Carbonn Climate Registry](#)“ der Stadt Bonn sind gute Beispiele dafür, wie Regionen und Städte zum Klimaschutz beitragen können.

[Mehr Informationen](#)

Wie viel Käse steckt im Käse? Der Ausschuss der Regionen fordert einheitliche Kennzeichnung von Lebensmitteln in der EU

Der Ausschuss der Regionen (AdR) spricht sich für eine einheitliche und verpflichtende Kennzeichnung von Lebensmitteln in der EU aus.

Der Vorschlag ist nur einer von vielen Anregungen des Ausschusses der Regionen im Rahmen des Projekts „[Lokale und regionale Anreize zur Förderung einer gesunden und nachhaltigen Ernährung](#)“. Zusätzlich schlägt der Ausschuss Änderungen in der Raumplanung und Infrastruktur sowie in der Verwendung von Steuern, Zuschüssen und juristischen Mitteln vor, um eine gesunde und nachhaltige Ernährung voranzutreiben.

Laut dem AdR würden die vorgeschlagenen Maßnahmen jeder Altersgruppe Vorteile bieten. Weiters sind die Anregungen ebenfalls im Zusammenhang mit dem EU-weiten Bestreben zu sehen, Gesundheit aktiv zu fördern und

Krankheiten effektiv vorzubeugen. Ernährung spielt dabei eine wichtige Rolle, da sie neben dem Tabakkonsum, fehlender Bewegung und Alkoholmissbrauch zu den vier Hauptverursachern nicht übertragbarer chronischer Krankheiten zählt.

Gesunde Alternativen wie Obst und Gemüse sollen neben fettreduzierten Milch- und Vollkornprodukten umfassender beworben werden. Darüber hinaus sollte auch ein Umdenken bei öffentlichen Auftragsvergaben von Schulkantinen und Mensen angedacht werden, so der Ausschuss der Regionen.

[Mehr Information](#)



In eigener Sache

BMVIT in der Gemeinsamen Vertretung

In der Kick-off Veranstaltung des BMVIT im Rahmen der Österreichischen Ratspräsidentschaft mit zahlreichen internationalen Gästen und hochrangigen VertreterInnen der EU-Institutionen in der Gemeinsamen Vertretung, wies Dr. Richard Seeber, Direktor des Tirol-Büros in Brüssel, auf die Besonderheit der Tiroler Lage im Alpentransit hin.





In eigener Sache

Erfolgreicher Abschluss der Alpeuregio Summer School 2018

Nach zehn spannenden Tagen für 30 Studierende aus der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino wurde die Alpeuregio Summer School am 5. Juli erfolgreich abgeschlossen.

Die TeilnehmerInnen kamen in den Genuss eines abwechslungsreichen sowie hochkarätigen Programms und nützten die Diskussionsrunden für ihre Fragen und Anregungen. Als eines der Aushängeschilder der Europaregion wird die Alpeuregio Summer School auch im nächsten Jahr fortgesetzt werden.



BMLV in der Gemeinsamen Vertretung

Unsere EU-Vertretung war erneut Austragungsort einer Auftaktveranstaltung zur Österreichischen Ratspräsidentschaft, diesmal vom Bundesministerium für Landesverteidigung.





Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Öffentliche Konsultation zur Sommerzeitregelung](#)

Verkehr

4 Juli 2018 - 16 August 2018

[Evaluierung der Tätigkeiten des Amtes der Europäischen Union für geistiges Eigentum \(EUIPO\) im Bereich der Durchsetzung und der Europäischen Beobachtungsstelle für Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums \(Verordnung \(EU\) Nr. 386/2012\)](#)

Unternehmen und Industrie, Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Binnenmarkt

3 Juli 2018 - 2 Oktober 2018

[Öffentliche Konsultation zu einer neuen Online-Plattform für den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten der Kommission](#)

Institutionelle Angelegenheiten

29 Juni 2018 - 21 September 2018

[Fangmöglichkeiten für 2019 im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik](#)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei

11. Juni 2018 - 21. August 2018

[Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Unterstützung der EU für die Rechtsstaatlichkeit in den Nachbarschaftsländern und bei den Beitrittskandidaten und potenziellen Beitrittskandidaten \(2010–2017\)](#)

Europäische Nachbarschaftspolitik und EU-Erweiterung

11. Juni 2018 - 17. September 2018

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Regelung für die Flottenzugänge und -abgänge](#)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei

4. Juni 2018 - 3. September 2018

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Ozonverordnung](#)

Klimaschutz

1. Juni 2018 - 24. August 2018



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -
Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Andreas Pletzenauer

Abbildungsverzeichnis

Seite 7: Bild 1 & Bild 2: Tirol Büro

Seite 8: Bild 1 & Bild 2: Tirol Büro